

Niederschrift über die
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017
Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder

Kreisräte/innen:

Jäger, Beutel (bis 16:30 Uhr), (CDU)

Häußermann, Heissenberger,

Hundt, Metzger, Theile

Riedel, Schäf, Wörner (SPD)

Ulrich, Dannenmann, Ostfalk, Heid (Freie Wähler)

(bis 17:10 Uhr)

Dr. Fleischer, Sturm, Härtner (GRÜNE)

Wilhelm, Hofer, Treiber (FDP-FW)

Heide (AfD/Unabhängige

Bezler (DIE LINKE/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder

Voral (SPD)

Entschuldigt:

Berger (SPD)

Ferner:

Finanzdezernent Geißler

Verkehrsdezernent Dr. Zaar

Erster Landesbeamter Kretz-
schmar

Herr Siegel, AWG (Top 7)

Herr Deller, tkt teleconsult (Top 1)

Herr Dr. John, Wirtschaftsförde-
rung (Top 1)

Herr Straus, Amtsleiter Straßen-
bauamt (Top 2)

Frau Berghoff, Europabeauftragte (Top 3)

Weitere Mitarbeiter/innen



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 2

Öffentlich

Die Schriftführerin

Presse

Kreisamtfrau Bareiß

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:15 Uhr



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 3

Öffentlich

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet Erster Landesbeamter Friedrich Herrn Lars Piechot als stimmberechtigtes, stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. (Variabler Text)

§ 1

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2018

Drucksache 2017/104

Kreiskämmerer Geißler stellt die Eckdaten zum Haushaltsplanentwurf 2018 (Folien 1-6) anhand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert die weiteren, in die Zuständigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses fallenden, Teilhaushalte anhand der Präsentation (Folien 7-14), die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Riedel fragt, ob es richtig sei, dass beim geplanten Straßeninvestitionsprogramm eine genaue Verteilung auf die entsprechenden Straßen bzw. Radwege derzeit noch nicht erkennbar sei.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar bestätigt dies und ergänzt, der neue Kreisstraßenmaßnahmenplan (KMP) werde im Frühjahr 2018 vorgestellt und hierin erfolge auch die Konkretisierung auf die einzelnen Maßnahmen.

Landrat Dr. Sigel sagt, zunächst gehe es darum, das Budget festzulegen. Die Schwerpunkte würden im Anschluss gesetzt. Er weist darauf hin, dass man fast alle Maßnahmen aus dem bisherigen KMP abgearbeitet habe.

Straßenbauamtsleiter Straus fügt hinzu, bei der Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) sei man in den letzten Zügen. Danach erfolge die Priorisierung der Maßnahmen, die in den KMP einfließen würde.

Kreisrätin Sturm fragt, ob bei der Priorisierung auch der ÖPNV mitberücksichtigt werde. Sie wolle wissen, wie lange die Umsetzung der Radwege dauern werde bzw., ob ein Radwegezubau grundsätzlich möglich sei.



Kreisrat Hofer erkundigt sich, wie sich der Mittelansatz von 6 Mio. Euro errechne bzw., woraus sich dieser ergäbe.

Kreisrat Ulrich sagt, die Fraktion der Freien Wähler halte es für gut, dass man mehr machen wolle, unter der Voraussetzung, dass die Mittel vorhanden seien. Er halte es für spannend, dass der VRS Mittel zurückgebe.

Kreisrat Beutel begrüßt die Aufstockung des Haushaltsansatzes des Straßenbauamts in den kommenden drei Jahren auf jeweils 6 Mio. Euro. Nachdem der neue KMP erst im Frühjahr 2018 vorgestellt werden solle, habe er Bedenken, dass man zu spät ausschreibe und dadurch zu teure Angebote erhalte.

Landrat Dr. Sigel antwortet auf die aufgeworfenen Fragen, der aktuelle KMP laufe noch bis Ende 2018, d.h. es erfolge eine Überlappung mit dem neuen KMP und somit würden laufend Maßnahmen ausgeschrieben bzw. 2018 sei bereits durchgeplant. Über neue Maßnahmen werde der Ausschuss immer auf Grund fachlicher Empfehlungen beschließen und man werde alles so aufbereiten, dass eine gute, fundierte Entscheidung möglich sei. Die zusätzlichen 7,5 Mio. Euro habe man aus auflösbaren Haushaltsübertragungen generieren können. Mit dem insgesamt erhöhten Mittelansatz wolle man die Anstrengungen forcieren, mit dem Ziel, den Zustand im Bereich der Straßen und Radwege zu verbessern. Die angestrebten Verbesserungen im Straßenbereich kämen auch dem ÖPNV, dem Radverkehr und der allgemeinen Verkehrssicherheit zu Gute und würden somit dem geforderten Ziel der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen sowie der SPD entsprechen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert die weiteren, in die Zuständigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses fallenden, Teilhaushalte anhand der Präsentation (Folien 15-19), die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Im Anschluss werden dem Ausschuss die vorliegenden Anträge im Einzelnen (Folien 20-42) vorgestellt. Die Präsentation ist dem Original der Niederschrift beigelegt.



Landrat Dr. Sigel sagt in Bezug auf die Anträge der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (Lfd.-Nr. 1-13) sowie der SPD-Fraktion (Lfd.-Nr. 1-14), der Vorschlag der Verwaltung komme dem ÖPNV zu Gute und man plädiere dafür, dem so zuzustimmen.

Kreisrätin Sturm bedankt sich für die Erläuterungen aber die Ablehnung des Antrags ihrer Fraktion halte sie für falsch. Sie zeigt sich nicht damit einverstanden, dass die 1,17 Mio. Euro geplanten Rückzahlungen vom Verband Region Stuttgart unmittelbar in den Straßenbau fließen sollten. Sie bittet um konkrete Vorschläge, wie man in den nächsten zwei Jahren mit jährlich 250.000 Euro direkt den ÖPNV verbessern könne und nennt als Beispiel den Einsatz von Direktbussen. Für sie sei der geplante Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur bisher nicht wirklich greifbar und müsse ebenfalls noch konkretisiert werden.

Landrat Dr. Sigel meint, man wolle den Antrag nicht einfach abschmettern, sondern mit den vorgestellten Maßnahmen Brücken bauen und aufzeigen, dass man auf dem richtigen Weg sei. Zunächst gehe es um die Finanzierung, das Haushaltsdeckungsprinzip. In einem nächsten Schritt könne man gerne noch weitere Ideen aufnehmen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar sagt, die angesprochenen 50.000 Euro seien nicht für den Radwegeausbau, sondern für das angedachte Radwegekonzept. Welche Summe konkret in den Radwegeausbau fließe, sei im Frühjahr 2018 zu beschließen.

Kreisrat Riedel meint, die vom VRS rückfließenden Mittel müssten weiterhin dem ÖPNV und damit dem Klimaschutz zur Verfügung stehen. Problem sei jedoch, man könne sich anstrengen wie man wolle und es nutze nichts, wenn der VVS nicht funktioniere. Man plädiere weiterhin dafür, dass 2018 und 2019 jeweils 250.000 Euro speziell für Maßnahmen im ÖPNV einstellt werden würden. Auch sei für die SPD-Fraktion das Thema Sozialticket noch nicht erledigt und auch dies werde langfristig gesehen Geld kosten. Er signalisiert, dass die SPD-Fraktion in Anbetracht des Vortrags der Verwaltung gerne bereit sei, auf ihren Antrag zu verzichten.

Kreisrat Jäger versteht die ganze Diskussion nicht wirklich, da doch für jeden der derzeitige Umbruch im ÖPNV klar zu erkennen sei.



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 6

Öffentlich

Kreisrat Ulrich sagt ebenso, heute gehe es nicht um die Ablehnung eines Antrags sondern wie man eine ordentliche Finanzierung mit der Aussicht auf positive Entwicklungen für die Zukunft aufstelle.

Kreisrat Hofer weist darauf hin, dass für die nahe Zukunft vieles geplant sei und es kontraproduktiv wäre, dies zu stoppen.

Landrat Dr. Sigel betont, keiner höre auf über Verbesserungen im ÖPNV nachzudenken.

Kreisrätin Sturm fragt, ob der heutige Beschluss bedeute, dass man dann für 2018 konkrete Anträge stellen müsse, was Landrat Dr. Sigel bejaht.

Kreisrat Heide beantragt das Ende der Diskussion.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig bei 19 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen:

1. Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag dem geplanten Straßeninvestitionsprogramm 2018/2021 zuzustimmen. (vorbehaltlich der Finanzierung unter Lfd. Nr. 1-13, vgl. Anlage 4)
3. Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 1,17 Mio. Euro für Straßenbaumaßnahmen und zum Radwegebau (bei den Aufträgen I54209991 und I54209981) wird zugestimmt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig bei 19 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen:

1. Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag dem geplanten Straßeninvestitionsprogramm 2018/2021 zuzustimmen. (vorbehaltlich der Finanzierung unter Lfd. Nr. 1-13, vgl. Anlage 4)
3. Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 1,17 Mio. Euro für Straßenbaumaßnahmen und zum Radwegebau (bei den Aufträgen I54209991 und I54209981)



wird zugestimmt.



§ 1.1

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Prüfung und Entwicklung von Maßnahmen für den ÖPNV

Drucksache

Ohne weitere Diskussion zieht die Fraktion Bündnis90/Die Grünen ihren Antrag

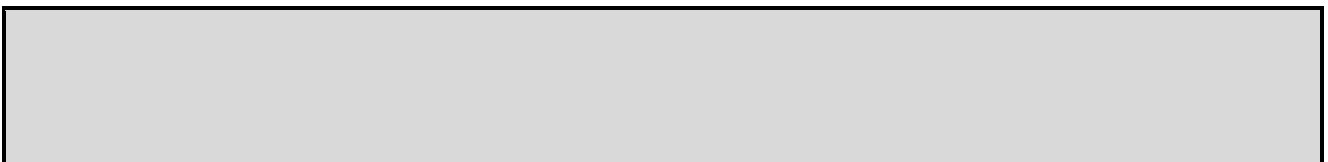
Prüfung und Entwicklung von Maßnahmen, um den ÖPNV im Rems-Murr-Kreis in den nächsten beiden Jahren (2018 und 2019) erheblich zu verbessern und die Nutzung zu erhöhen

zurück.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen zieht ihren Antrag

Prüfung und Entwicklung von Maßnahmen, um den ÖPNV im Rems-Murr-Kreis in den nächsten beiden Jahren (2018 und 2019) erheblich zu verbessern und die Nutzung zu erhöhen

zurück.





§ 1.2

Antrag der SPD-Fraktion - Verwendung einer Rückzahlung des Verbands Region Stuttgart in 2017
Drucksache

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag

Verwendung einer Rückzahlung des Verbands Region Stuttgart in 2017 für zu hoch prognostizierte Umlage für das Jahr 2016 in Höhe von 1,17 Mio. Euro für die Förderung des ÖPNV und Straßensanierungen/Radwegebau

zurück.

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag

Verwendung einer Rückzahlung des Verbands Region Stuttgart in 2017 für zu hoch prognostizierte Umlage für das Jahr 2016 in Höhe von 1,17 Mio. Euro für die Förderung des ÖPNV und Straßensanierungen/Radwegebau

zurück.





§ 1.3

Antrag von DIE LINKE/ÖDP - Schaffung eines Direktbusses Kaisersbach - Althütte - Berglen - Winnenden

Drucksache

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, den Vorschlag zusammen mit dem VVS verkehrlich zu bewerten, die Kosten zu schätzen und dem UVA im 1. Halbjahr 2018 zu berichten.

**§ 1.4**Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige - Streichung der Teilprojekte "Umweltschutz Plus"
Drucksache

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert die Folie 29 der Präsentation und sagt, bereits im Frühjahr 2016 habe man einen Beschluss mit Einsparungen von 174.000 Euro getroffen und zusätzlich käme die energetische Sanierung des Schullandheims Mönchhof circa 1 Mio. Euro kostengünstiger. In Anbetracht dessen und, da das 4-Jahres-Programm voll im Gange sei bzw. viele Projekte kurz vor dem Abschluss stünden, wäre eine Beendigung nicht zielführend.

Kreisrat Heide zeigt sich verwundert, dass man den Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige pauschal ablehne.

In Anbetracht der vorgetragenen Argumente zieht Kreisrat Heide den Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige

Streichung der Teilprojekte KS6, KS7, KS19, KS22, KS24, KS25, KS28, KS29 im Konglomerat „Umweltschutz Plus“

zurück.

Der Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige wird zurückgezogen.

Streichung der Teilprojekte KS6, KS7, KS19, KS22, KS24, KS25, KS28, KS29 im Konglomerat „Umweltschutz Plus“



§ 1.5

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Fortsetzung des Projektes ECOfit

Drucksache

Kreisrat Härtner zieht den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Fortsetzung des Projektes ECOfit

zurück, da er die Verortung des Projekts ECOfit bei der Energie Agentur für richtig halte.

Der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Fortsetzung des Projektes ECOfit

wird zurückgezogen.



**§ 1.6**Antrag der Fraktion der Freien Wähler - Streichung der bereitgestellten Mittel zum Breitband
Drucksache

Landrat Dr. Sigel geht auf die aktuelle Situation des Breitbandausbaus im Rems-Murr-Kreis ein. Wichtig sei, dass man auch 2018 handlungsfähig bleibe, denn man sei überzeugt, dass man 2018 vieles auf den Weg bringen könne. Die Verwaltung schlage deshalb vor, dass im Jahr 2018 weiterhin 1 Mio. Euro der vorgesehenen Mittel eingestellt werden würden.

Herr Deller, tkt teleconsult, erläutert die aktuelle Situation des Breitbandausbaus im Rems-Murr-Kreis anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, er gehe davon aus, dass 250.000 Euro im Jahr 2018 auskömmlich seien und man vom ursprünglichen Haushaltsmittelansatz von 1 Mio. Euro entsprechend 750.000 Euro zunächst einmal streiche und ins Folgejahr übertragen werde. Man wolle zunächst ins Gespräch mit den Kommunen kommen, mit diesen gemeinsam planen, aber auch keinen zu einer Entscheidung drängen. In der ersten Stufe werde man kein Personal einstellen.

Kreisrat Ulrich sagt für die Fraktion der Freien Wähler, man sei grundsätzlich für den Breitbandausbau und wolle den Prozess nicht verhindern aber auch nicht pauschal 1 Mio. Euro einstellen. Deshalb ziehe er den Antrag der Fraktion der Freien Wähler

Streichung der bereitgestellten Mittel zum Breitband

zurück.

Der Antrag der Fraktion der Freien Wähler

Streichung der bereitgestellten Mittel zum Breitband



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 14

Öffentlich

wird zurückgezogen.



**§ 1.7**Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige - Ersatzlose Streichung der Mittel für den BreitbandausbauDrucksache

Kreisrat Heide meint, das geplante Backbone-Netz helfe keinem, denn das Problem liege bei den Kommunen. Diese seien mit der Aufgabe, die tatsächlichen Anschlüsse innerhalb der Gemeinden umzusetzen, überfordert.

Kreisrat Jäger entgegnet, sicherlich sei die letztendliche Umsetzung innerhalb der Gemeinde eine schwierige finanzielle Aufgabe, aber zwingende Grundvoraussetzung für jede Kommune sei eben, dass ein Backbone-Netz vorhanden sei. Fraglich sei die Höhe der im Jahr 2018 ein-zustellenden Haushaltsmittel.

Herr Deller, tkt teleconsult, sagt, man sei mit dem Ausbau nicht zu spät dran und für den innerörtlichen Ausbau brauche man eben diesen „Autobahnanschluss“.

Kreisrätin Dr. Fleischer überlegt, ob man die Haushaltsmittel mit einer Sperrfrist versehe. Sie will wissen, wie groß die Gefahr sei, dass andere in diese Aufgabe einspringen und fragt, wie die Auswahl, wer zunächst bedient werde, getroffen werde.

Herr Deller antwortet Kreisrätin Dr. Fleischer, die Gebiete seien klar definiert und würden nur gesplittet. Schwierige Aufgaben würde man zunächst aufschieben.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, wenn man jetzt nicht beginne, werde die notwendige Markterkundung fehlen. Letztendlich reagiere man eh nur auf ein Marktversagen.

Kreisrat Heide erkundigt sich, ob die Telekom beim innerörtlichen Ausbau einer Gemeinde einspringen dürfe, wenn diese nicht selbst den Ausbau vornehmen wolle. Ebenso wolle er wissen, ob man tatsächlich den Ausbau des Backbone-Netzes bis zum Ende durchführen werde.



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 16

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel antwortet Kreisrat Heide, jede Gemeinde habe das Recht den eigenwirtschaftlichen Ausbau durch einen Provider zuzulassen. Ob man es zu Ende baue komme darauf an, wie teuer und, ob es anerkannt werde.

Herr Deller, tkt teleconsult, meint, man rechne mit einer steigenden Anschlusszahl.

Kreisrat Heide zeigt sich mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einverstanden und zieht den Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige

ersatzlose Streichung der Mittel für den Breitbandausbau

zurück.





§ 1.8

Breitbandausbau - Bereitgestellte Mittel

Drucksache

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Im Jahr 2018 werden 750.000 Euro der bereitgestellten Mittel gestrichen und ins Jahr 2019 verschoben.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Im Jahr 2018 werden 750.000 Euro der bereitgestellten Mittel gestrichen und ins Jahr 2019 verschoben.

**§ 1.9**Antrag von DIE LINKE/ÖDP - Förderung der regionalen-biologischen LandwirtschaftDrucksache

Den Antrag von Die Linke / ÖDP

Förderung der regionalen-biologischen Landwirtschaft durch Erhöhung des Anteils regionaler und biologisch angebaute Lebensmittel in der Versorgung von Einrichtungen, die dem Einfluss des Kreises unterliegen. Die Kreisverwaltung erstellt einen Maßnahmenkatalog, welcher eine möglichst hohe jährliche Steigung des Anteils ermöglicht. Ziel ist die Erreichung eines langfristig vollständigen Einsatzes von Bio-Lebensmittel, mindestens jedoch die Erreichung eines Levels, welches einer Bio-Zertifizierung gleichkommt

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Es erfolgt ein Bericht im 1. Halbjahr 2018.

Kreisrat Riedel weist darauf hin, die SPD-Fraktion werde demnächst in diesem Zusammenhang „glyphosاتفreier Landkreis“ einen Antrag stellen.

Landrat Dr. Sigel sagt, nächste Woche stehe ein „Runder Tisch“ in der Landwirtschaft an und man werde das Thema bereits dort ansprechen.

Den Antrag von Die Linke / ÖDP

Förderung der regionalen-biologischen Landwirtschaft durch Erhöhung des Anteils regionaler und biologisch angebaute Lebensmittel in der Versorgung von Einrichtungen, die dem Einfluss des Kreises unterliegen. Die Kreisverwaltung erstellt einen Maßnahmenkatalog, welcher eine möglichst hohe jährliche Steigung des Anteils ermöglicht. Ziel ist die Erreichung eines langfristig vollständigen Einsatzes von Bio-Lebensmittel, mindestens jedoch die Erreichung eines Levels, welches einer Bio-Zertifizierung gleichkommt



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 19

Öffentlich

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Es erfolgt ein Bericht im 1. Halbjahr 2018.





§ 1.10

Antrag von DIE LINKE/ÖDP - Aktiver Einsatz des Kreises für mehr Ruhe auf den Straßen
Drucksache

Den Antrag von Die Linke / ÖDP

aktiver Einsatz des Kreises für mehr Ruhe auf den Straßen. Deshalb fordern wir eine eigene „Taskforce“ aus Landkreisverwaltung, Polizei und betroffenen Bürgern, um den mutwilligen Motorenlärm wirksam zu bekämpfen. Der Landkreis berichtet dem Gremium über seine laufenden Aktivitäten.

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Es erfolgt ein Bericht im 1. Halbjahr 2018.

Den Antrag von Die Linke / ÖDP

aktiver Einsatz des Kreises für mehr Ruhe auf den Straßen. Deshalb fordern wir eine eigene „Taskforce“ aus Landkreisverwaltung, Polizei und betroffenen Bürgern, um den mutwilligen Motorenlärm wirksam zu bekämpfen. Der Landkreis berichtet dem Gremium über seine laufenden Aktivitäten.

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Es erfolgt ein Bericht im 1. Halbjahr 2018.





§ 1.11

Antrag der SPD-Fraktion - Erhöhung der Überwachungsfrequenzen der Geschwindigkeiten auf den Kreisstraßen

Drucksache

Den Antrag der SPD-Fraktion

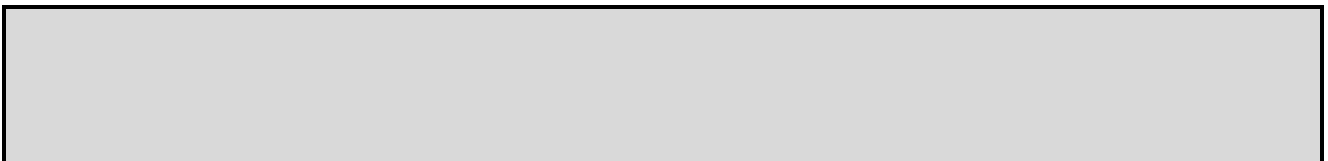
Erhöhung der Überwachungsfrequenzen der Geschwindigkeiten auf den Kreisstraßen

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Es erfolgt ein Bericht im 1. Halbjahr 2018.

Den Antrag der SPD-Fraktion

Erhöhung der Überwachungsfrequenzen der Geschwindigkeiten auf den Kreisstraßen

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Es erfolgt ein Bericht im 1. Halbjahr 2018.





§ 1.12

Antrag der FDP-FW-Fraktion - Überprüfung der ÖPNV-Ausgleichszahlungen

Drucksache

Den Antrag der FDP-FW-Fraktion

Überprüfung, ob die zwischen OB Rommel und dem Umland im Jahr 1977 ausgehandel-ten ÖPNV-Ausgleichszahlungen nach 40 Jahren noch zeitgemäß und vertretbar sind

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Den Antrag der FDP-FW-Fraktion

Überprüfung, ob die zwischen OB Rommel und dem Umland im Jahr 1977 ausgehandel-ten ÖPNV-Ausgleichszahlungen nach 40 Jahren noch zeitgemäß und vertretbar sind

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.



§ 1.13Antrag von DIE LINKE/ÖDP - Erstellung eines Konzeptes für ein VVS-weites SozialticketDrucksache

Landrat Dr. Sigel sagt zum Thema „VVS-weites Sozialticket“, man bleibe bei der bisherigen Auffassung des Umwelt- und Verkehrsausschusses und wolle dies erst wieder im Rahmen der Tarifreform angehen.

Kreisrat Bezler entgegnet, dies sei kein rein finanzielles Thema, sondern ein „Muss“, da Benachteiligte betroffen seien.

Landrat Dr. Sigel meint, das Thema Gerechtigkeit sei ein Schwerpunkt innerhalb der Tarifreform und daher sei es sinnvoll, dies im Paket zu betrachten.

Kreisrätin Sturm sagt, keiner wisse was bei der Tarifreform rauskommen werde. Das Argument, dass es im Vergleich zu Stuttgart ein zu hoher Verwaltungsaufwand sei, halte sie für vorgeschoben. Sicherlich könne man auch im Rems-Murr-Kreis ein entsprechendes Berechtigungsschreiben mit einem ähnlichen Bescheid verknüpfen.

Landrat Dr. Sigel entgegnet, auch dies sei Verwaltungsaufwand aber man nehme die Anregung mit.

Kreisrat Bezler zieht den Antrag von Die Linke/ÖDP

Erstellung eines Konzeptes für ein VVS-weites Sozialticket

zurück.

Der Antrag von Die Linke/ÖDP

Erstellung eines Konzeptes für ein VVS-weites Sozialticket



wird zurückgezogen.





§ 1.14

Antrag der FDP-FW-Fraktion - Zweckverbands Verkehrsverband Wieslaufalbahn (ZVWW)

Drucksache

Den Antrag der FDP-FW-Fraktion

Überprüfung in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Mitgliedern des Zweckverbands Verkehrsverband Wieslaufalbahn (ZVWW) unter Kosten- und Wirtschaftlichkeitsgründen, ob die Strecke an 7 statt bislang 5 Tagen bedient werden kann

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Es erfolgt ein Bericht im 3. Halbjahr 2018.

Den Antrag der FDP-FW-Fraktion

Überprüfung in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Mitgliedern des Zweckverbands Verkehrsverband Wieslaufalbahn (ZVWW) unter Kosten- und Wirtschaftlichkeitsgründen, ob die Strecke an 7 statt bislang 5 Tagen bedient werden kann

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Es erfolgt ein Bericht im 3. Halbjahr 2018.





§ 1.15

Annahme der Teilhaushalte

Drucksache

Der Ausschuss empfiehlt einvernehmlich dem Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss sowie dem Kreistag die Annahme der Teilhaushalte 01 (Oberste Kreisorgane und zugehörige Stabsstellen), 03 (Finanzen, Beteiligungen und Abfallwirtschaft), 05 (Bauen, Umwelt und Verkehr) sowie 06 (Forst, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), soweit sie in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Dezernat 2
- 1 Dezernat 3
- 1 Amt für Finanzen
- 1 Stabstelle Wirtschaftsförderung
- 1 Straßenbauamt
- 1 Umweltschutzamt
- 1 Amt für ÖPNV

Der Ausschuss empfiehlt einvernehmlich dem Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss sowie dem Kreistag die Annahme der Teilhaushalte 01 (Oberste Kreisorgane und zugehörige Stabsstellen), 03 (Finanzen, Beteiligungen und Abfallwirtschaft), 05 (Bauen, Umwelt und Verkehr) sowie 06 (Forst, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), soweit sie in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.



**§ 2**Machbarkeitsstudien Radschnellwege im Rems-Murr-Kreis; VergabeDrucksache 2017/193

Landrat Dr. Sigel sagt, man habe mit Nachdruck an der Sache gearbeitet. Die Förderanträge für die beiden geplanten Radschnellwege seien gestellt worden. Das Regierungspräsidium habe die Förderzusage erteilt, sodass nun die Aufträge für die die Machbarkeitsstudien für die Radschnellwegverbindungen vergeben werden können.

Herr Straus, Leiter des Straßenbauamtes, erläutert die Machbarkeitsstudien Radschnellwege im Rems-Murr-Kreis anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Wörner fragt, ob ein Radschnellweg zwischen Waiblingen und Ludwigsburg wegen der dortigen Steigung überhaupt möglich sei und, ob ein asphaltierter Belag für die Radschnellwege notwendig wäre.

Herr Straus entgegnet, die Machbarkeitsstudie werde zeigen, ob die vorhandene Steigung dem Bau eines Radschnellweges entgegenstehe. Außerdem betont er, ein asphaltierter Belag wäre notwendig, um den Rollwiderstand möglichst gering zu halten. Da ein asphaltierter Belag bekanntermaßen nachteilig für die Umwelt sei, werde in der Machbarkeitsstudie auch nach einem möglichst umweltschonenden Belag gesucht.

Landrat Dr. Sigel fügt hinzu, eine hohe Belagsqualität sei von großer Bedeutung, um eine „Rad-Autobahn“ zu erzeugen, genauso wie Beleuchtung und getrennte Fahrstreifen.

Landrat Dr. Sigel erwähnt, dass die Radschnellwege zwar sehr wünschenswert wären, aber die Baulastenträgerschaft der geplanten Radschnellwegverbindungen eigentlich keine Aufgabe des Landkreises sei. Im Moment gehe es zunächst aber nur um die Finanzierung der Machbarkeitsstudien mit kommunalen Mitteln, um die Thematik voranzutreiben. Man hoffe jedoch, frühzeitig von Seiten des Landes ein Signal bezüglich der Übernahme der Baulastträgerschaft zu erhalten, da nicht geplant sei, als Landkreis den Bau der Radschnellwege zu finanzieren. Die Finanzierung nach



dem erhofften erfolgreichen Abschluss der Machbarkeitsstudien sei somit noch nicht endgültig geklärt.

Kreisrat Ulrich sagt im Namen der Freien Wähler, man freue sich, falls mit der Machbarkeitsstudie etwas angestoßen werden könne und unterstütze den Vergabevorschlag. Dennoch sehe man es kritisch, ob mit den hohen Anforderungen von Landesseite eine spätere tatsächliche Umsetzung der Radschnellwege realisiert werden könne. Unabhängig davon, sei es aber wichtig, so viel wie möglich für die Radinfrastruktur zu machen.

Kreisrat Treiber meint, Radschnellwege seien zwar ein gutes Projekt, jedoch wäre es seiner Meinung nach sinnvoller, die bereits vorhandenen Radwege instand zu setzen und andere dringende Angelegenheiten anzugehen. Lieber solle man vorhandene Mittel hierfür einsetzen, als neue Projekte wie dieses zu planen. Er halte eine letztendliche Umsetzung der Radschnellwegverbindungen eh für unrealistisch.

Kreisrat Heid möchte wissen, wieso die Strecke zwischen Waiblingen und Stuttgart nicht mit aufgeführt sei.

Herr Straus antwortet Kreisrat Heide, dies liege daran, dass Stuttgart bei den Machbarkeitsstudien nicht mitwirken wolle und die Strecke somit nicht in die Studien miteinbezogen werde.

Kreisrat Hofer sagt, die FDP-FW-Fraktion werde dem Vorhaben zustimmen. Er stellt die Vermutung auf, Elektro-Fahrräder, für die eine Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h gelte, müssten auch dann weiterhin die Straße befahren, da die Radschnellwege lediglich eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h erlauben würden. Dies müsse man bei den künftigen Überlegungen beachten.

Kreisrätin Sturm betont, ihre Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße ausdrücklich das geplante Vorhaben. Wichtig und dringend geboten sei dabei eine Entflechtung von Radfahrern und Fußgängern. Ebenso hoffe man, dass die bestehenden Radwege in die Machbarkeitsstudien miteinbezogen werden.



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 29

Öffentlich

Kreisrat Jäger spricht sich ebenso, trotz doch hoher Kosten für die Ingenieurbüros, für die Vergabe der Machbarkeitsstudien aus. Allerdings äußert er Bedenken, ob nach Abschluss der Studie die Radschnellwege tatsächlich realisiert werden können. Sechs Meter breite Straßen ließen sich seiner Meinung nach schwer mit dem Thema Artenschutz vereinbaren und, dass es E-Bikes nicht gestattet wäre die Radschnellwege zu befahren, könnte ebenfalls ein Problem darstellen.

Kreisrat Riedel meint, Radschnellwege werden in der Zukunft von Bedeutung sein, daher befürwortet er das Vorhaben. Er glaube auch fest daran, dass die Radschnellwegverbindung langfristig umgesetzt werden würden.

Ohne weitere Diskussionen beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss mehrheitlich bei 21 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Machbarkeitsstudie für die Radschnellwegverbindung zwischen Waiblingen und Ludwigsburg an das Büro BIT Ingenieure AG, und die Machbarkeitsstudie für die Radschnellwegverbindung zwischen Waiblingen und Schorndorf an das Büro Brenner BERNARD Ingenieure GmbH zu vergeben

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für Umweltschutz

1 Energieagentur

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 21 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme:

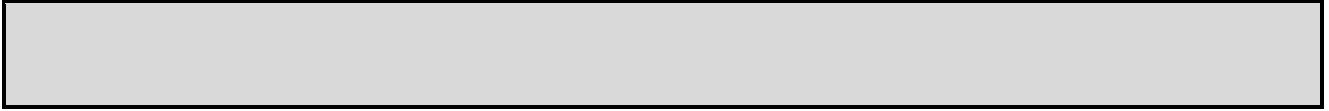
Die Verwaltung wird ermächtigt, die Machbarkeitsstudie für die Radschnellwegverbindung zwischen Waiblingen und Ludwigsburg an das Büro BIT Ingenieure AG, und die Machbarkeitsstudie für die Radschnellwegverbindung zwischen Waiblingen und Schorndorf an das Büro Brenner BERNARD Ingenieure GmbH zu vergeben.



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 30

Öffentlich



**§ 3**Remstal Gartenschau 2019: Zwischenbericht über die Beiträge des Rems-Murr-KreisesDrucksache 2017/201

Landrat Dr. Sigel betont, der Rems-Murr-Kreis sehe sich bei der Interkommunalen Remstal Gartenschau 2019 vor allem in der Rolle als verbindende Klammer zwischen allen Akteuren. Andererseits werde man sich selbst mit Projekten präsentieren, wobei sich diese hauptsächlich auf die Kernkompetenzen des Landkreises, wie zum Beispiel den Umwelt- und Naturschutz oder das Radfahren, beschränken werden.

Frau Berghoff, Europabeauftragte und Koordinatorin der Beiträge des Rems-Murr-Kreises zur Remstal Gartenschau 2018, stellt in einem Zwischenbericht die geplanten Projekte des Rems-Murr-Kreises zur Gartenschau anhand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt den Vortrag, indem er ausführt, wie wichtig es sei, als Kreis eine Abstimmung des Programms der drei hier stattfindenden Großveranstaltungen 2019 (Remstal Gartenschau, 40-jähriges Jubiläum des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald und Heimat-tage Baden-Württemberg in Winnenden) zu fördern und dadurch eine bündelnde Wirkung zu erzeugen. Als Beispiel nennt er das Bienenjahr im Naturpark, hier könnten bereits Teil-Konzepte von der Remstal Gartenschau übernommen werden. Nur durch eine gemeinsame Abstimmung der Ereignisse sei es möglich, voneinander zu profitieren. Er fügt hinzu, dass neben den neu ausgebildeten Gewässerführern, auch bereits etablierte Gästeführer, wie u.a. die Naturparkführer während der Gartenschau Gewässerführungen anbieten würden, um die Gästeführungen kümmern werden, um somit ein Grundfundament zu sichern.

Kreisrätin Wörner fragt, ob der Radweg zwischen Waiblingen und Neckarremms für die Remstal Gartenschau baulich verändert werde, da sich dort ein Landschaftsschutzgebiet befinde.



Frau Orner, Tourismusbeauftragte, antwortet Kreisrätin Wörner, in diesem Bereich werde baulich nichts verändert, es werden lediglich Schilder ergänzt und der Belag optimiert, jedoch stets in Absprache mit dem Umweltschutz.

Landrat Dr. Sigel betont, bei den genannten Radwegen seien eine gute Beschilderung und Barrierefreiheit wichtig und keine Umbaumaßnahmen geplant. Er spricht die Abfallwirtschaft als weiteres Kernthema des Kreises an, daher wolle man die Remstal Gartenschau und die Kommunen bei der Abfallkonzeption unterstützen, beispielsweise mit „Müll-Inseln“. Des Weiteren gehe er davon aus, dass das geplante Budget nicht aufgebraucht werde. Im Frühjahr 2018 werde ein erneuter Zwischenbericht folgen.

Kreisrat Ulrich hält das vorgestellte Konzept für sehr gut und ausgewogen.

Kreisrat Heide fragt, ob in dem Gesamtbudget von 220.000 Euro bereits die zusätzlichen personellen Ressourcen enthalten seien.

Landrat Dr. Sigel entgegnet daraufhin, es werde kein neues Personal eingestellt, sondern die Prioritäten des zuständigen Personals in den Jahren 2018/2019 gegebenenfalls anders gesetzt. Zusätzlich dazu gebe es noch die Remstal Gartenschau 2019 GmbH in Schorndorf mit eigenen personellen Ressourcen.

Kreisrätin Sturm spricht ein Lob für die geplanten Beiträge zur Remstal Gartenschau 2019 aus. Sie bittet bei der Abfallkonzeption darum, auch an Mülltrennung zu denken. Darüber hinaus wolle sie wissen, ob der Rems-Murr-Kreis in das Mobilitäts-Konzept Gartenschau mit einbezogen sei.

Landrat Dr. Sigel antwortet, diesbezüglich sei der Rems-Murr-Kreis mit dem VVS als Partner im Gespräch. Im Moment werde in enger Abstimmung nach einem entsprechenden Ticket-Angebot gesucht.

Ohne weitere Diskussionen beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig bei 21 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung:



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 33

Öffentlich

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Projekte der Ziffern 2.2.1 bis 2.2.5 im Rahmen des maximal veranschlagten Budgets in Höhe von 220.000 Euro durchzuführen.

Auszüge:

1 Stabsstelle Wirtschaftsförderung

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig bei 21 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Projekte der Ziffern 2.2.1 bis 2.2.5 im Rahmen des maximal veranschlagten Budgets in Höhe von 220.000 Euro durchzuführen.

**§ 4**Allgemeine Vorschrift zur Verteilung von Ausgleichsleistungen für rabattierte Ausbildungstarife nach § 45a PBefGDrucksache 2017/151

Landrat Dr. Sigel merkt an, hierbei handle es sich um die Ausgleichsleistungen für die gesetzlich vorgeschriebene Rabattierung der Schülerbeförderung nach den PBefG, die der Rems-Murr-Kreis künftig vom Land zugewiesen bekomme, diese aber direkt an die Verkehrsunternehmen weiterleite. Die Verteilung solle über eine Allgemeine Vorschrift erfolgen.

Ohne weitere Wortmeldungen beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Erlass der Allgemeinen Vorschrift des Rems-Murr-Kreises über Ausgleichsleistungen für die rabattierte Beförderung im Ausbildungsverkehr in der Verbundstufe II des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart gemäß Anlage 1 zuzustimmen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar verweist auf die aktualisierte Anlage zu Drucksache 2017/151 (Tischvorlage).

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Erlass der Allgemeinen Vorschrift des Rems-Murr-Kreises über Ausgleichsleistungen für die rabattierte Beförderung im Ausbildungsverkehr in der Verbundstufe II des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart gemäß Anlage



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 35

Öffentlich

1 zuzustimmen.

**§ 5**Verkehrsverbesserungen auf den Buslinien Waiblingen (Bittenfeld/Hegnach) - Ludwigsburg
Drucksache 2017/214

Landrat Dr. Sigel führt aus, auf den Buslinien Waiblingen/Hegnach – Ludwigsburg und Waiblingen/Bittenfeld – Ludwigsburg sollen ab 1. Januar 2020 insgesamt vier zusätzliche Fahrten eingerichtet werden. Da diese Fahrten über die ausreichende Verkehrsbedienung hinausgingen, bedarf es eines Beschlusses des Umwelt- und Verkehrsausschusses. Die Verwaltungen der betroffenen Landkreise und Kommunen sowie der VVS halten die zusätzlichen Fahrten für verkehrlich sinnvoll, führen sie doch zu einem sauberen und merkfähigen Takt. Diese Buslinien seien im Linienbündel 7 des Nahverkehrsplans des Landkreises Ludwigsburg enthalten und sollen deshalb auch vom Landratsamt Ludwigsburg vergeben werden. Bei einem eigenwirtschaftlichen Verkehr müsse man keine Zuschüsse gewähren. Sofern kein eigenwirtschaftlicher Antrag für das Linienbündel eingehe, werde der Verkehr ausgeschrieben und es müsse mit Kosten für die zusätzlichen Fahrten in Höhe von rd. 12.000 € für die im Rems-Murr-Kreis erbrachten Verkehrsleistungen gerechnet werden, wovon der Landkreis rd. 6.000 € zu tragen habe.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Einrichtung der zusätzlichen Fahrten auf den Buslinien Waiblingen (Hegnach/Bittenfeld) – Ludwigsburg zu.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Einrichtung der zusätzlichen Fahrten auf den Bus-



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 37

Öffentlich

linien Waiblingen (Hegnach/Bittenfeld) – Ludwigsburg zu.

**§ 6**Berichterstattung zu den Frostschäden in der Landwirtschaft; Antrag der FDP-FW-Fraktion
Drucksache 2017/188

Landrat Dr. Sigel betont, dass Herr Enssle, Leiter des Landwirtschaftsamtes, in den vergangenen Tagen vom Ministerium und vom Vorstand des Erwerbsobstbauings für das vorbildliche Verhalten des Rems-Murr-Kreises in der Frosthilfe gelobt worden sei.

Erster Landesbeamter Kretzschmar stellt die Berichterstattung zu den Frostschäden in der Landwirtschaft anhand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Hundt spricht ein Lob an Herrn Enssle und dessen Team für ihre geleistete Arbeit aus. Er betont, nach diesem Ereignis müssen sowohl seitens des Landes als auch vom Bund Konsequenzen gezogen werden. Er regt an, eine Frostschadenversicherung mit staatlicher Hilfe einzuführen. Außerdem bedürfe es einer Förderung von Maßnahmen zur Frostvorbeugung. Leider müsse man in den kommenden Jahren mit solchen Schäden vermehrt rechnen. Der Weinbau sei im April 2017 mit relativ kleinem Schaden davon gekommen. Beim Obstbau dagegen sei ein Totalausfall zu verzeichnen gewesen und trotz Einnahmeverluste müsse die Pflege weitergehen.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dieses Thema beim Runden Tisch der Landwirtschaft anzusprechen und wenn möglich den Anstoß direkt an das Land weiterzugeben.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zu den Frostschäden in der Landwirtschaft zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Straßenbauamt

1 Amt für ÖPNV



Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zu den Frostschäden in der Landwirtschaft zur Kenntnis.

**§ 7**Bericht zur Verstärkung des Abfallunterrichts an den Grundschulen im Rems-Murr-KreisDrucksache 2017/192

Landrat Dr. Sigel sagt, es sei wichtig, dieses Thema bereits an den Grundschulen zu behandeln und er sei für den von der AWG geleisteten Beitrag dankbar. Leider sei zu beobachten, dass die Verwendung von Plastikgeschirr eine gewisse Wiederbelebung durchlaufe.

Herr Siegel, Prokurist der AWG, verweist auf die vorliegende Druckvorlage und den aufgelegten Zeitungsartikel der Backnanger Kreiszeitung, der einen Einblick in den Abfallunterricht gebe. Er führt aus, im derzeitigen Schuljahr 2017/2018 sei die Nachfrage seitens der Schulen weiter gestiegen, sodass nun 95 Unterrichtseinheiten betreut werden würden. In diesen stünden Abfalltrennung und Altpapier-Recycling im Fokus.

Kreisrat Hofer fragt, ob bereits ein Zuschuss beim Kultusministerium für den Abfallunterricht beantragt worden sei, da die Abfallwirtschaft schließlich auf dem Bildungsplan stehe.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für die Anregung und betont, die Möglichkeit zur Beantragung eines Zuschusses werde geprüft.

Kreisrat Heissenberger möchte wissen, ob, wie aus der Druckvorlage ersichtlich sei, weiterhin nicht alle Lehrer vom Angebot des Abfallunterrichts Gebrauch machen würden.

Herr Siegel antwortet, dass es weiterhin Lehrer gebe, die den Abfallunterricht über ihren eigenen Unterricht abdecken möchten.

Kreisrat Metzger äußert Zustimmung für das Projekt und betont, Müll-Projekte wie dieses müssten auch auf den Erwachsenenbereich ausgeweitet werden. Was er an Müllablagerungen im Welzheimer Wald sehe, sei nicht schön und verschandle die Natur und Landschaft.



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 41

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel entgegnet, mit Müll-Projekten, wie zum Beispiel bei der Remstal Gartenschau 2019, könne man bereits gezielt im Erwachsenenbereich Impulse setzen. Gerne nehme man die Anregung auf und werde auch weiterhin die Augen offen halten.

Kreisrat Heide pflichtet Kreisrat Metzger bei, meint aber, bei Erwachsenen käme das mangelnde Umweltbewusstsein nicht von Unkenntnis, sondern von Unwillen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zum Abfallunterricht an den Grundschulen im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 AWG

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zum Abfallunterricht an den Grundschulen im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.



§ 8

Verschiedenes

Drucksache

Landrat Dr. Sigel verweist auf die vorliegende Einladung zur CMT 2018.

Unter diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

Auszüge:

1 Stabsstelle Wirtschaftsförderung

Unter diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.





Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.12.2017

Seite 43

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der/Die Schriftführer/in:

Dr. Richard Sigel

Daniela Bareiß

Die Kreisräte/innen